

Erneute Offenlegung des Flächennutzungsplanes

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans für die Gesamtstadt Bergkamen steht kurz vor dem Abschluss. Mit dem Flächennutzungsplan wird der Rahmen für die künftige städtebauliche Entwicklung und Nutzungsstruktur der multifunktionalen Stadt Bergkamen geschaffen.

Im Zuge dieser Aufstellung fand in 2011 die öffentliche Auslegung der Planunterlagen statt. Während dieser Auslegung wurden insbesondere zum geplanten Evolutionspark im östlichen Stadtgebiet verschiedene Anregungen abgegeben. Die Planungen für den Evolutionspark/Dinopark mussten aufgrund einer Entscheidung des Landesumweltministers an diesem Standort zwischenzeitlich aufgegeben werden, weil dem Projekt höherwertige natur- und artenschutzrechtliche Belange entgegenstehen. Es wurde daher gegenüber der ersten Offenlegung wieder eine Darstellung von Flächen für Landwirtschaft und Flächen für Wald vorgenommen; analog zur Darstellung im Vorentwurf für den Flächennutzungsplan. Die zugehörigen Textpassagen in der Begründung und dem Umweltbericht wurden geändert.

Der Rat der Stadt Bergkamen hat die oben aufgeführten Änderungen in seiner Sitzung am 14. Februar 2013 beschlossen. Außerdem hat er in dieser Sitzung festgelegt, dass aufgrund der vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen eine erneute Offenlegung des Planentwurfs und die erneute Einholung von Stellungnahmen notwendig ist. Die Offenlegung erfolgt für die Dauer eines Monats.

Der Rat der Stadt Bergkamen hat bestimmt, dass Anregungen im Rahmen der erneuten Auslegung nur zu den geänderten und ergänzten Teilen des Flächennutzungsplanentwurfs, der dazugehörigen Begründung und des Umweltberichts vorgebracht werden können. Damit ist der Flächennutzungsplanentwurf nicht

mehr insgesamt für Anregungen zugänglich.

Der Entwurf des Flächennutzungsplanes der Stadt Bergkamen liegt in der Zeit vom **11. März 2013 bis einschließlich 11. April 2013** erneut zur Einsichtnahme öffentlich aus. Die Offenlegung erfolgt während der Dienststunden, montags, dienstags und donnerstags von 8.00 bis 16.00 Uhr, mittwochs von 8.00 bis 14.30 Uhr und freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr beim Amt für Planung, Tiefbau und Umwelt, Zimmer 518, Rathausplatz 1, 59192 Bergkamen.

Während dieser Auslegungsfrist können nur zu den vorgenommenen Änderungen des Flächennutzungsplan-Entwurfs schriftlich Stellungnahmen vorgebracht oder beim Amt für Planung, Tiefbau und Umwelt der Stadt Bergkamen zur Niederschrift erklärt werden. Neben der öffentlichen Auslegung im Rathaus kann der Entwurf des Flächennutzungsplanes einschließlich der oben genannten Unterlagen auch im Internet unter www.bergkamen.de eingesehen werden. Hier besteht ebenfalls die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen.

Zwei Tage beim SPD-Bürgerkonvent in Berlin

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück freut sich schon auf seinen ersten öffentlichen Auftritt nach langer Zeit in Bergkamen am 1. Mai in der Römerbergsporthalle. Das ist eine von vielen positiven Botschaften und Eindrücken, die der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Heinz Mathwig von seinem zweitägigen Kurztrip nach Berlin mitbrachte.



Heinz Mathwig mit seiner kleinen Arbeitsgruppe zum Thema „Renten und Gesundheit“

Er gehörte zu den rund 300 Teilnehmern des ersten Bürgerkonvents der SPD. 50 Prozent davon waren Nicht-Parteimitglieder. Auch sie durften gleichberechtigt mit gestandenen Genossen wie Mathwig am künftigen Regierungsprogramm der Sozialdemokraten mitarbeiten. Ein absolutes Novum nicht nur in der deutschen Parteienlandschaft.

So gehörten zu Mathis Kleinarbeitsgruppe zum Thema „Renten und Gesundheit“ auch drei 16-Jährige aus Tübingen, die ohne ein Parteibuch mitdiskutierten. Mathwig verblüffte besonders, dass es trotz des sehr großen Altersunterschieds kaum Meinungsunterschiede zwischen ihm und den jungen Damen gab.

Rund 2000 Einzelpositionen wurden in den vielen Gruppen diskutiert. Alle wurden sie mit moderner Computertechnik gesammelt und festgehalten. Nach mehreren Abstimmungsdurchgängen filterten die Genossinnen und Genossen mit den Nicht-Mitgliedern 11 Kernforderungen heraus. Klar: Hinter dem Verlangen nach Einfügung eines flächendeckenden Mindestlohns und nach Eindämmung sogenannter „prekärer Arbeitsverhältnisse“ (z. B. Zeitarbeitsverträge) kann sich Mathwig als Bergkamener AfA-Vorsitzender vorbehaltlos stellen.

Doch im Gegensatz zum Kanzlerkandidaten kann sich der Bergkamener auch mit der Forderung nach Verlagerung der Verantwortung für den Bildungsbereich von den Ländern auf den Bund durch eine Grundgesetzänderung. Das bezeichnete Peer

Steinbrück als „Sprengstoff“ – einer seiner beliebten bildhaften Vergleiche, der aber bisher keine empörten Reaktionen hervorgerufen hat.

Bürgerbüro geschlossen

Samstag

Das Bürgerbüro der Stadt Bergkamen ist am kommenden Samstag, 9. März, geschlossen.

Sozialarbeit an Bergkamener Schulen muss fortgesetzt werden

Die Schulsozialarbeit muss unbedingt fortgesetzt werden. Dies fordern im Gleichklang die Bergkamener Schulen. Finanziell gesichert ist sie nur bis Ende dieses Jahres. Bis dahin fließt Geld vom Bund in dieses Projekt. Restmittel beim Kreis Unna es dann noch bis zum Ende des kommenden Schuljahres im Sommer 2014.

Rund 2,3 Mio. Euro stellt der Bund seit 2011 dem Kreis Unna für Schulsozialarbeit zur Verfügung. Auf Bergkamen entfallen 233000 Euro. Zurzeit sind an allen Bergkamener Schulen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit unterschiedlichen Stundenkontingenten tätig. An den weiterführenden Schulen

liegt ihr Arbeitsschwerpunkt darin, Eltern über mögliche Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket zu informieren und ihnen bei den Anträgen zu helfen.

Bei den Grundschulen geht es zusätzlich darum, die Kinder so früh wie möglich zu fördern und Benachteiligungen, die sich etwa durch die soziale Lage der Familien ergeben, auszugleichen. Dabei arbeiten die sozialpädagogischen Fachkräfte eng mit den Lehrern der Schule, aber auch mit Vereinen, Verbänden und Beratungsstellen zusammen. Dadurch sollen die Hilfen optimiert und eine „kommunale Präventionskette“ aufgebaut werden.

Was Schulsozialarbeit bewirken kann, zeigt ein Bericht der Pfalzschiule aus dem Mai 2012: „Bei einem Kind, das sich dem schulischen Lernen verweigert hat, konnte in Zusammenarbeit aller Beteiligten eine Form von Autismus festgestellt werden, sodass dem Kind bald der Weg zu einer für ihn geeigneten Schullaufbahn freisteht. In vier weiteren Fällen konnten mit Hilfe des Jugendamtes neue Formen und Hilfen für das Familienleben gefunden werden, welches sich positiv auf das Verhalten der Kinder auswirkt. Durch die Zusammenarbeit mit dem Schulverwaltungsamt und der Stadtkasse ist es gelungen, dass kein Kind aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten der Eltern aus dem Angebot der Ganztagschiule ausgeschlossen werden muss. (...)“

Nach den bisherigen Plänen trägt die Bundesregierung die Kosten für die Schulsozialarbeit nur bis Ende dieses Jahres. Danach werde sie die Kosten für die Grundsicherung voll übernehmen, sodass die Kreise ihrerseits durch das so eingesparte Geld die Schulsozialarbeit gut finanzieren könnten. Für den Kreis Unna bringt diese Entlastung einen Betrag von 8 Millionen Euro.

Wenn Horst Mecklenbrauck nun fordert, dass der Bund weiterhin für die Finanzierung der Schulsozialarbeit sorgen soll, hat dies den Hintergrund, dass die Kreise und damit auch die ihnen

angehörigen Städte und Gemeinde wie Bergkamen weiterhin unter den Kosten der sozialen Sicherung vieler Bürgerinnen und Bürger stark belastet sind.

Nur noch 18 I-Dötzchenklassen an Bergkamener Grundschulen

Im Durchschnitt werden nach den Sommerferien die neuen Anfängerklassen der Bergkamener Grundschulen kleiner. Das ermöglicht das aktuelle Schuländerungsgesetz, das in der Nordbergstadt auf Wunsch der Schulen sofort angewendet wird. Die meisten Anmeldungen gibt es übrigens an der Pfalzs Schule mit 85 neuen Schülerinnen und Schülern.

Bisher konnte die Zahl der in einer Klasse zu unterrichtenden Kinder zwischen 18 und 30 betragen. Mit Beginn des neuen Schuljahres müssen es mindestens 15 und dürfen es höchstens 29 sein. In Bergkamen werden durchschnittlich 23 Kinder die insgesamt 18 Schulanfängerklassen mit insgesamt 419 Mädchen und Jungen besuchen.

Die Klassenstärken an den einzelnen Schulen sind allerdings recht unterschiedlich. So gehen an der Schillerschule 60 Kinder in drei Klassen an den Start. An der Gerhart-Hauptmann-Schule sind es 67 in drei Klassen, an der Jahnschule 59 in drei Klassen an der Preinschule 52 in zwei Klassen, an der Freiherr-von-Ketteler Schule 48 in zwei Klassen, an der Pfalzs Schule 85 in drei Klassen und an der Overberger Schule 38 in zwei Klassen.

Etwas aus dem Rahmen fällt hier die Pfalzs Schule. Mit ihren 85 Anmeldungen hätte sie eigentlich vier Eingangsklassen bilden können. Das hätte aber die maximal zulässige Zahl von 18

Klassen für das nächste Schuljahr um eine überstiegen. Die Pfalzschule hat aber inzwischen erklärt, dass sie nicht mehr als drei bilden wolle. Ein Grund ist der, dass sie damit rechnet, dass von diesen 85 Kindern einige eine Förderschule besuchen werden. Möglicherweise müsse außerdem ein Kind abgewiesen werden.

Immer mehr Jugendliche süchtig nach Facebook, WhatsApp & Co.

Früher mussten nur Manager und Spitzenpolitiker 24 Stunden am Tag erreichbar sein. Heute sind es die meisten Jugendlichen über das Smartphone mit den Programmen wie Facebook, Twitter, WhatsApp etc. und das freiwillig.

„Wenn ich morgens mit dem Bus und Bahn zur Arbeit fahre, sehe ich viele Jugendliche versunken in ihren Geräten die ihre Umwelt nicht mehr wahrnehmen und habe darüber nachgedacht, ab wann der Umgang mit den Social Media wohl süchtig macht?“, sagt Thomas Semmelmann, Vorsitzender des Bergkamener Jugendhilfeausschuss.

Dort berichtete Ludger Kortendiek, im Kinder und Jugendbüro zuständig für Suchterkrankungen, dass die Jugendhilfe zunehmend mit verschiedensten Formen der Abhängigkeit und zwanghaften Verhaltensweisen konfrontiert sei. Neben dem Alkohol- und Medikamentenmissbrauch, Tabakkonsum, Essstörungen und Konsum von Cannabis die Sucht im Internet nach sozialen Netzwerken und Spielen jeglicher Art eine große Gefahr. Betroffen und ein wenig ratlos waren die Ausschussmitglieder über die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser exzessive

Umgang mit den Medien.

Ludger Kortendieck wies deutlich darauf hin, dass ein Teil der später süchtigen Menschen bereits in der Kindertageseinrichtung, u. a. durch unsicheres Bindungsverhalten auffalle. Die Verbesserung der Kooperation von Jugendhilfe, Kindertageseinrichtungen, Schulen und externen Trägern der Beratung und Behandlung sei notwendig, um Netzwerke weiter gezielt auszubauen, Eltern als Zielgruppe zu erreichen und gefährdete Kinder und Jugendliche früh zu fördern.

Am Ende der Sitzung machte Semmelmann deutlich, dass die Medaille Internet zwei Seiten hat und für die Arbeitswelt ein unverzichtbares Werkzeug und Informationsquelle für viele Menschen ist. „Dennoch sollte man den Umgang mit den Medien kritisch betrachten und öfters mal abschalten.“

Treffen des Interkulturellen Netzwerkes

Das nächste Treffen des Bergkamener Interkulturellen Netzwerkes (b.i.n.) ist am kommenden Montag, 4. März, ab 18 Uhr im Saal II des Ratstraktes.

Als Referentin wird Lisa Nießalla über die Arbeit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen des Kreises Unna (K.I.S.S.) berichten. Sie wird über Bergkamener Selbsthilfegruppen informieren sowie Tipps bereithalten, wie man eine Selbsthilfegruppe gründen und Unterstützung durch Fachleute erhalten kann. Weiter Infos beim Integrationsbüro der Stadt Bergkamen unter Telefon 02307 965-272.

Groll über Bergkamen-Film bei RTL hält weiter an

Wer damit gerechnet hatte, dass der geplante Neubau einer Moschee an der Karl-Liebknecht-Straße in der Veranstaltung „Bürgermeister vor Ort“ am Mittwochabend zum heiß diskutierten Thema wird, musste sich eines Anderen belehren lassen. Bürgermeister Roland Schäfer stellte zwar die Moschee in einer langen Reihe städtischer und privater Projekte vor, nur diskutieren mochte darüber niemand.



Nordberg - Fußgängerzone

Längst nicht besänftigt sind die Gemüter hingegen, die sich über die beiden Filme erregt hatten, die im RTL-Magazin „Extra“ über den Nordberg zu sehen waren. Niemand vermochte, in den Beiträgen „sein“ Bergkamen widerzuerkennen. Außerhalb

der Stadtgrenzen wird aber dieses schiefe Bild für bare Münze gehalten. Wie er es habe zulassen können, dass in seiner Stadt kaum noch ein Deutscher wohne, musste Schäfer in einem der zahlreichen Briefe und Mails lesen, die nach der Sendung im Rathaus eingegangen sind.

Auch die von RTL behaupteten unüberbrückbaren Konflikte zwischen deutschen und türkischstämmigen Bewohnern gebe es nicht, betonte Schäfer, und fast alle Teilnehmer im Treffpunkt dieser Informations- und Diskussionsveranstaltung stimmten ihm zu. Sicherlich gebe es da Probleme, und hier habe er auch schon vermittelnd eingreifen müssen, doch diese Konflikte seien unter Nachbarn normal. Auch Bezirksbeamter Maik Stendel entdeckt in der Alten Kolonie keine besonderen Schwierigkeiten. Entschieden widersprachen er und auch andere der Aussage einer Diskussionsteilnehmerin, die von einem besonderen Gewaltpotenzial auf dem Nordberg sprach. Sie habe Angst, wenn sie über den Nordberg gehe. Stendel betonte, dass sich die Kriminalitätsrate Bergkamens in nichts von der vergleichbarer Nachbarstädte unterscheide.

Natürlich gebe es Schwierigkeiten. Die fehlende Integrationsbereitschaft eines Teils der Bergkamener türkischstämmigen Bevölkerung habe er im Gegensatz zu den Bürgermeistern vieler anderer Städte schon sehr früh vor Jahren öffentlich angesprochen. Die Gründe für Problemer lägen aber nicht in der Abstammung oder in der Religion. Es sei vielmehr ein soziales und ein Bildungsproblem.

Die habe er auch als Vater in der Gerhart-Hauptmann-Grundschule erfahren. 50 Prozent der Schüler in den Klassen seiner beiden Kinder seien türkischstämmig gewesen. Eltern, die darauf achten, dass ihre Kinder richtiges Deutsch lernen, böten so die Grundlage dafür, dass ihre Töchter und Söhne beim Wechsel zu einer weiterführenden Schule eine Empfehlung fürs Gymnasium erhalten könnten. Dies gelte für deutsche und türkische Eltern gleichermaßen.

Olaf Sundermeyer schildert die konkreten Formen rechter Gewalt

Der Autor Olaf Sundermeyer liest im Rahmen der Vernetzung „Aktionen gegen Rechtsextremismus im Kreis Unna“ während der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ am 12.03.2013 öffentlich um 19:00 Uhr im „Treffpunkt“. Zuvor liest er nichtöffentlich für Schüler des Städtischen Gymnasiums Bergkamen. Der anerkannte Journalist und Autor Sundermeyer ist einer Einladung des „Bergkamener Arbeitskreises gegen Rechts“ gefolgt. Olaf Sundermeyer schildert in seinen Lesungen eindringlich die konkreten Formen rechter Gewalt in beklemmenden Nahaufnahmen, vom Anschlag auf das Münchener Oktoberfest, über Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, Mölln und Solingen bis hin zu den Anschlägen der NSU.

Lange Zeit ist der „Terror von Rechts“ in Deutschland verharmlost worden. Viele Opfer werden in den offiziellen Statistiken nicht erfasst, weil sie die Übergriffe aus Angst nicht anzeigen oder weil die ermittelnden Stellen das politische Tatmotiv nicht erkennen.

Nach der Lesung besteht die Möglichkeit mit dem Autor zu diskutieren. Die Opferberatungsstelle NRW und die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg“ sind ebenfalls zur Diskussion eingeladen. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

Entsprechend § 6 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes sind jedoch Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder

bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Schwarzer BMW X5 am Birkenweg gestohlen

In der Nacht zu Donnerstag, 28. Februar, entwendeten unbekannte Täter einen schwarzen BMW X5 aus einer Hauseinfahrt am Birkenweg. An dem Fahrzeug waren zur Tatzeit die amtlichen Kennzeichen UN-JH 570 angebracht. Wer hat Verdächtiges bemerkt? Hinweise bitte an die Polizei in Bergkamen unter der Rufnummer 02307 921 7320 oder 921 0.

Heinz Mathwig arbeitet mit am SPD-Regierungsprogramm

Die SPD lädt am Wochenende zum Bürger-Dialog in die Hauptstadt Berlin ein. Mit dabei ist der Oberadener Sozialdemokrat Heinz Mathwig.



Heinz Mathwig

„Ich freue mich auf diese Reise“, gestand er. Mathwig hatte auf die Frage „Was muss in Deutschland besser werden?“ im September 2012 Antwort gegeben. Insgesamt gingen 40.000 Anregungen und Vorschläge ein. Die sind inzwischen ausgewertet worden. Und unter den Einsendern wurden 250 Frauen und Männer ausgewählt, am Samstag in fünf Arbeitsgruppen des Bürger-Konvents mitzudiskutieren. Dabei geht es darum, aus den vielen Vorschlägen die wichtigsten auszuwählen, weiterzuentwickeln und zu konkreten Projekten zu formen, die ins Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2013 aufgenommen werden sollen.

Ihre Ergebnisse werden die Arbeitsgruppen am späten Samstagnachmittag an den Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück übergeben.